

Ä6 Damit "die da oben" nicht abheben

Antragsteller*in: Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 14 bis 39 löschen:

Entschädigung der Abgeordneten

~~Die Höhe der Abgeordnetendiäten soll zukünftig an das Medianeinkommen gekoppelt werden. Konkret sollen Landespolitiker*innen das doppelte des Medianeinkommen des jeweiligen Bundeslandes, Mitglieder des Bundestages das dreifache des bundesweiten Medianeinkommens erhalten. So wird der großen Verantwortung und dem hohen Arbeitsaufwand Rechnung getragen, aber gleichzeitig ein klarer Bezug zu durchschnittlichen Einkommen hergestellt. Steuerfreie Spesen sollen auf ein notwendiges Minimum begrenzt und in ein vernünftiges Verhältnis von Transparenz und Praktikabilität gebracht werden. Und nicht zuletzt sollen Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Bis zur Umsetzung entsprechender Reformen fordern wir die Abgeordneten von Bündnis90/ Die Grünen dazu auf, die Differenz zwischen der obigen Forderung und der tatsächlichen Diätenhöhe in die jeweilige Haushalte zurück zu spenden.~~

Entschädigung der Bezirksverordneten

~~Auch die Entschädigungen der Bezirksverordneten müssen kritisch betrachtet werden. Die Grüne Jugend Berlin fordert, dass die Entschädigung zukünftig nur noch 10% (aktuell: 15%) der AGH-Diäten zuzüglich der Sitzungsgelder betragen soll. Erhöhte Entschädigung durch herausgehobene Tätigkeiten (Vorsteher*in, Fraktionsvorsitzende) sollen zukünftig maximal das 2-fache der Grundentschädigung betragen. Die dadurch frei werdenden Mittel sollen in den Bezirken verbleiben.~~

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

~~Die Grüne Jugend Berlin fordert ein grundsätzliches Verbot aller nicht-mandatsbedingten Nebeneinkünfte für Abgeordnete. Alle Parlamente auf Landesebene oder höher sind Vollzeitparlamente. Ein Nebenjob ist zeitlich nicht umsetzbar, wenn das Mandat Ernst genommen wird und erweckt Zweifel an der Integrität.~~

Begründung

Aus den Spenden von Abgeordneten und Bezirksverordneten finanziert sich zu einem großen Teil die Arbeit des Landesverbandes Berlin und seiner Kreisverbände. Eine Umsetzung dieses Antrags hätte zur Folge, dass viele Kreisbüros geschlossen und vielen Angestellte der Kreisverbände sofort gekündigt werden müssten. Das würde die Arbeitsfähigkeit unserer Partei massiv einschränken bzw. in vielen Kreisverbänden und auch in der Landesgeschäftsstelle de facto beenden. Auch die Kreisverbände der Grünen Jugend werden von ihren grünen Kreisverbänden finanziert und wären sicherlich ebenfalls von Kürzungen betroffen. Das kann keiner wollen!

Außerdem ist es wünschenswert, dass Abgeordnete nicht nur von ihrem Mandat abhängig sind bzw. anderen wichtigen Tätigkeiten nachgehen können, wie z.B. Ärzt*innen. Ein Verbot von Nebentätigkeit bei gleichzeitiger Kürzung der Diäten macht die Abgeordnetentätigkeit noch viel unattraktiver und gefährdet die Unabhängigkeit der Abgeordneten.